



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier, Stefan Löw, Richard Graupner, Roland Magerl, Markus Bayerbach, Christian Klingen, Jan Schiffers** und **Fraktion (AfD)**

Antisemitismus und antisemitische Straftaten konsequent bekämpfen

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag verurteilt die starke Zunahme antisemitischer Straftaten in Bayern und solidarisiert sich mit allen Menschen, die von antisemitischer Gewalt, Bedrohungen und Beleidigungen betroffen sind. Antisemitismus und antisemitische Straftaten dürfen in Bayern nicht zur Normalität werden. Menschen mit unterschiedlichen religiösen oder kulturellen Hintergründen sollen in Bayern ohne Angst und in Sicherheit leben können. Dies ist das Fundament eines demokratischen Rechtsstaates.
2. Die Staatsregierung wird aufgefordert, Antisemitismus und antisemitische Straftaten mit aller Konsequenz zu verfolgen. Dazu gehören insbesondere folgende Maßnahmen und Programme:
 - die Bekämpfung der wachsenden antisemitischen Straftaten und der antisemitischen Gewalt durch die Sicherheitsbehörden höher priorisieren;
 - der Polizei und den Strafverfolgungsbehörden die hierfür notwendigen Ressourcen zur Verfügung zu stellen;
 - den Ermittlungs- und Fahndungsdruck gegenüber antisemitischen Straftätern weiter zu erhöhen, um bereits begangene Taten schneller aufklären und potenzielle Nachahmer abschrecken zu können;
 - gegen extremistische und antisemitische Hetze und Gewaltandrohung entschieden vorzugehen;
 - die Schutzkonzepte für bedrohte Einrichtungen und Personen auf den Prüfstand zu stellen;
 - Sensibilisierungs- und Schulungsmaßnahmen bei Polizei und Justiz auszubauen;
 - die Präventionsmaßnahmen zur Bekämpfung von Antisemitismus und Extremismus deutlich zu intensivieren;
 - die Erinnerungsarbeit in Bezug auf das nationalsozialistische Gewaltregime durch die bayerischen Gedenkstätten zu erhalten;
 - die Kommunen in ihrem Einsatz gegen Antisemitismus und Extremismus zu stärken;
 - an allen Schulen eine Meldepflicht für antisemitische und extremistische Vorfälle einzuführen;
 - die Sensibilisierung für alle Erscheinungsformen von Extremismus, die der freiheitlich demokratischen Grundordnung widersprechen, zu erhöhen und verbindlich in der Lehrerausbildung zu verankern;

- konsequente Maßnahmen gegen die antisemitische BDS-Kampagne zu ergreifen und insbesondere entsprechende Veranstaltungen von staatlichen Räumen und Zuschüssen auszuschließen.

Begründung:

Antisemitische Straftaten nehmen leider immer mehr zu. Dabei spielt jede Form des Extremismus eine Rolle. Die politische Bildung sollte bereits so früh wie möglich beginnen und darauf abzielen, dass unsere Kinder erkennen können, welche Strömungen außerhalb der freiheitlich demokratischen Grundordnung sind und dass Antisemitismus in der Gesellschaft keinen Platz haben darf, unabhängig der Herkunft und Religion. Ebenso sind wir der Überzeugung, dass die Aufklärungsquote verbessert werden muss und die Strafverfolgungsbehörden entsprechend ausgestattet werden müssen, um die Motive für diese Taten aufzudecken und durch diese Erkenntnis entsprechend verhindern zu können.